Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 19.11.2026
Ltg.-**1156/XX-2026**

Anfrage

des Abgeordneten Mag. Georg Ecker
gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001
an **Landeshauptfrau-Stellvertreter Dr. Stephan Pernkopf**

betreffend **Rechenzentrumsprojekte in Niederösterreich**

Am 16. April 2026 haben Landeshauptfrau Mag.a Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptfrau-Stellvertreter Dr. Stephan Pernkopf die Rechenzentren-Strategie des Landes Niederösterreich präsentiert. Dabei wurde mitgeteilt, dass dem Land laufend Anfragen für neue Rechenzentren vorliegen, derzeit mit Stromleistungen im Ausmaß von rund 3.400 Megawatt – laut Landeshauptfrau etwa das Doppelte des niederösterreichischen Stromverbrauchs – und Flächen im Ausmaß von bis zu 50 Fußballfeldern. Medienberichten zufolge handelt es sich um rund 100 Anfragen. Konkrete Standorte wurden nicht genannt.

Öffentlich bekannt ist nur ein kleiner Teil dieser Projekte: die bestehenden bzw. in Errichtung befindlichen Rechenzentren in Schwechat, Vösendorf und Achau, das Projekt der CloudHQ in Leopoldsdorf (Bezirk Bruck an der Leitha), das laut Medienberichten im Endausbau bis zu rund 200 MW Anschlussleistung erreichen soll und nach einem Feststellungsverfahren einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen ist, ein weiteres Vorhaben in Leopoldsdorf, Kottingbrunn. Die Vorhaben in Zistersdorf und Stetten sind laut Aussagen der Bürgermeister gescheitert. Die meisten dieser Projekte wurden nicht durch Information des Landes oder der Gemeinden, sondern durch Bürgerinitiativen bekannt. Zwischen den genannten 3.400 MW und den öffentlich bekannten Projekten klafft damit eine erhebliche Informationslücke.

Mit der Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. Nr. 38/2026, wurden die Widmungsart Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum (§ 18c) sowie Standortverordnungen der Landesregierung für Flächen über 3 ha (§ 11c) eingeführt. Verfahren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits anhängig waren, darunter auch Stetten und Zistersdorf, sind gemäß § 53 Abs. 20 NÖ ROG 2014 von den neuen Bestimmungen nicht berührt. Im UVP-G 2000 sind Rechenzentren bislang nicht als eigener Vorhabenstyp erfasst; eine Novelle mit einem Schwellenwert von 100 MW befindet sich im Bund erst in Begutachtung.

Daher stellt der gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

1. Worauf beruht die bei der Präsentation der Rechenzentren-Strategie am 16. April 2026 genannte Zahl von rund 3.400 MW an Anfragen?

a) Aus welchen Quellen setzt sich diese Zahl zusammen?
b) Auf welchen Stichtag bezieht sie sich, und um welche Leistungsgröße handelt es sich (beantragte elektrische Anschlussleistung, IT-Leistung oder sonstige)?
c) Wie hoch ist der entsprechende Wert zum Stichtag der Beantwortung dieser Anfrage?

2. Wie viele Vorhaben bzw. Anfragen liegen dieser Zahl zugrunde?

a) Bitte um Aufschlüsselung der Anzahl und der Summe der Leistung nach politischem Bezirk sowie nach Leistungsklasse (bis 20 MW, über 20 bis 50 MW, über 50 bis 100 MW, über 100 MW).
b) Bitte um Nennung aller Gemeinden in Niederösterreich, für die eine Anfrage vorliegt und angefragte Anschlussleistung des bzw. der Projekte je Gemeinde.

3. Wie verteilen sich diese Vorhaben (Anzahl und Summe der Leistung) auf folgende Verfahrensstände: bloße Anfrage bzw. Vorgespräch, Netzanschlussbegehren, Netzzusage bzw. Netzzugangsvertrag, eingeleitetes Widmungsverfahren, genehmigte Widmung, beantragte bzw. erlassene Standortverordnung nach § 11c NÖ ROG 2014, erteilte Bau- bzw. Anlagenbewilligung, in Bau, in Betrieb, zurückgezogen bzw. abgelehnt?

4. Für wie viele Vorhaben gilt die Übergangsbestimmung des § 53 Abs. 20 NÖ ROG 2014? Bitte um Angabe der jeweiligen Gemeinde, der Widmungsfläche und der geplanten Anschlussleistung.

5. Welcher Flächenbedarf ergibt sich aus den dem Land bekannten Vorhaben insgesamt (in Hektar)?

a) Welcher Anteil davon ist derzeit als Grünland-Land- und Forstwirtschaft gewidmet bzw. wird landwirtschaftlich genutzt?
b) Welcher Anteil davon betrifft Böden hoher Bonität bzw. besonders für die landwirtschaftliche Produktion geeignete Flächen, und auf Basis welcher Bewertungsgrundlage wird dies beurteilt?
c) Welcher Anteil entfällt auf bereits gewidmetes Bauland, bereits versiegelte Flächen, Industrie- oder Gewerbebrachen und Leerstände?

6. Wie viele raumordnungsfachliche Stellungnahmen bzw. Gutachten hat das Amt der NÖ Landesregierung seit 1. Jänner 2024 zu Widmungsverfahren für Rechenzentren abgegeben, und mit welchem Ergebnis? Bitte um Aufschlüsselung nach Bezirk und Ergebnis (positiv, positiv mit Auflagen, negativ) sowie um Angabe der wesentlichen Gründe negativer Beurteilungen, insbesondere im Fall Zistersdorf.

7. Wurden seit Inkrafttreten der Novelle LGBl. Nr. 38/2026 Standortverordnungen gemäß § 11c NÖ ROG 2014 angeregt, vorbereitet oder erlassen? Wenn ja, für welche Gemeinden und welche Flächenausmaße?

8. Welcher jährliche Stromverbrauch (in TWh) ist bei Umsetzung der dem Land bekannten Vorhaben zu erwarten?

a) In welchem Verhältnis steht dieser zum derzeitigen Stromverbrauch und zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in Niederösterreich?

9. Welche Kühlkonzepte sind für die dem Land bekannten Vorhaben vorgesehen, welcher jährliche Wasserbedarf ist zu erwarten, und wie viele wasserrechtliche Bewilligungen für die Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser zu Kühlzwecken wurden beantragt bzw. erteilt?

10. Bei wie vielen angefragten bzw. beantragten Vorhaben liegt ein Konzept zur Nutzung der Abwärme vor?

a) Bei wie vielen ist eine Einspeisung in bestehende oder geplante Fernwärmenetze bzw. eine Nutzung durch Betriebe vertraglich vereinbart, und in welchem Umfang (MWh pro Jahr)?

b) Nach welchen konkreten Maßstäben wird die in § 11c Abs. 2 und § 18c Abs. 2 NÖ ROG 2014 vorgesehene Berücksichtigung der Abwärmenutzung in den Verfahren geprüft?

c) Welche Daten liegen dem Land aus den Meldungen gemäß Art. 12 der Richtlinie (EU) 2023/1791 und der Delegierten Verordnung (EU) 2024/1364 über Rechenzentren in Niederösterreich vor (Anzahl, Energieverbrauch, Abwärmenutzung)?

11. Wie viele Feststellungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen nach dem UVP-G 2000 wurden seit 1. Jänner 2020 zu Rechenzentren in Niederösterreich durchgeführt bzw. sind anhängig? Bitte um Angabe der Gemeinde, des maßgeblichen Tatbestands und des Ergebnisses sowie um Beilage der Stellungnahme des Landes zum Entwurf der UVP-G-Novelle, soweit es Rechenzentren betrifft.

12. Bitte um Beilage aller dem Strategiepapier Rechenzentren zugrunde liegenden Studien, Standortpotenzialanalysen und Kriterienkataloge.